

(Mitberichterstatter Abgeordneter Uhlig.)

(A) verwendet werden müssen, um diese Regelung planmäßig durchzuführen. Das ist der Gedanke, der diesem Antrage zugrunde liegt, und der Zweck dieses Antrages, der zum Beschlusse vorgelegt wird, um allein die Richtung, den Geist zu bezeichnen, in dem künftig in Sachsen Politik, Wirtschafts- und Sozialpolitik getrieben werden muß.

Damit habe ich das erledigt, was ich auszuführen habe. Ich will nur noch einmal bemerken, daß aus gesetztechnischen Gründen der Antrag herausgenommen worden ist aus dem Rahmen der Verfassung als besonderer Beschluß und daß er in dieser Form, wie ich schon sagte, richtunggebend sein soll für die künftige sächsische Politik. Es ist dabei aber auch vor allen Dingen darauf Rücksicht genommen, daß Sachsen nicht nur gesetzgeberisch, nicht nur staatlich und politisch, sondern auch wirtschaftlich mit dem Reiche verbunden ist, und deswegen ist gesagt, daß bei allem auch der Zusammenhang Sachsens mit dem Reiche zu beachten und zu wahren ist.

Dieser Satz geht aus von der Erkenntnis, daß wir als industrieller Staat, als Arbeiterstaat, als ein Staat, der auf einen Austausch seiner Arbeitsprodukte mit den Naturerzeugnissen anderer Teile des Reiches und anderer Länder angewiesen ist, daß wir insofern nicht frei, sondern abhängig sind von diesem Zusammenhang und daß deshalb auch dieser Zusammenhang geachtet und gewahrt werden muß, weil wir im anderen Falle vor den denkbar größten Schwierigkeiten stehen würden. Die Schwierigkeiten, die Aufgaben der Sozialisierung sind ohnehin kompliziert, bedürfen, wie ich schon sagte, der Durchorganisation, bedürfen des entschiedenen Willens in der Regierung, aber auch der Hilfe durch das arbeitende Volk, das allein auch durch systematische Organisation und Denkarbeit den Sozialisierungsprozeß herbeiführen kann, aber nicht dadurch, daß man Dinge in Trümmer schlägt, die man zum Aufbau weiterhin notwendig braucht.

In diesem Sinne bitte ich Sie, den vorliegenden Anträgen Ihre Zustimmung zu geben und das vorliegende Minderheitsgutachten abzulehnen.

Präsident: Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Nixschke.

Abgeordneter Nixschke (Deutsch): Meine Damen und Herren! Meine politischen Freunde stimmen dem vorliegenden Antrage des Gesetzgebungsausschusses, soweit er das eigentliche Gesetz anbetrifft, also §§ 1 bis 20, zu.

Wir legen aber Wert darauf, jetzt schon zu betonen, daß wir durch die Zustimmung zu diesem Gesetz nicht unsere Stellungnahme zu der endgültigen Verfassung festlegen wollen.

Anders verhält es sich mit unserer Stellungnahme

gegenüber dem Beschluß, für den der Herr Abgeordnete Uhlig eben eingetreten ist. Wir sehen es zunächst als einen außergewöhnlichen Vorgang an, daß man mit der Zustimmung zu einer rein verfassungsmäßigen Angelegenheit von uns gleichzeitig die Zustimmung zu einem wirtschaftlichen Programm verlangt. Wir meinen, daß die Dinge durchaus noch nicht klar liegen und daß der Begriff „Sozialisierung“ zu einem Schlagwort geworden ist, unter dem jede Partei und auch fast jede Person etwas anderes versteht.

(Abg. Günther [Plauen]: Sehr richtig!)

Ich will auch noch darauf hinweisen, daß der Herr Abgeordnete Uhlig eben in zutreffenden Worten darauf hingewiesen hat, wie schwer es ist, planmäßig die Sozialisierung durchzuführen. Wir stimmen ihm vollständig zu; aber gerade aus dieser Zustimmung heraus müssen wir eine Bindung, wie sie namentlich auch in dem letzten Satze des Beschlusses liegt, ablehnen.

Wir sind der Ansicht, daß wir auf keinen Fall zugeben dürfen, namentlich auch im Interesse unserer Arbeiterschaft, daß der Freistaat Sachsen zu einem Lande der fortgesetzten wirtschaftlichen Experimente gemacht wird;

(Sehr richtig! rechts.)

und das würde der Fall sein, wenn wir ohne Überlegung und ohne zu wissen, wohin die Reise schließlich geht, einem solchen Programm zustimmen würden. Wir wollen den Boden unter den Füßen behalten.

Das, was am Schlusse des Beschlusses gesagt ist, deckt sich ungefähr mit den Plänen der Herren Dr. Neurath, Krarnold und Genossen. Unsere jetzige Regierung hat diese Vorschläge auch abgelehnt, und es gibt auch in den Kreisen der Unabhängigen Sozialdemokratie Leute, die diesem neuen wirtschaftlichen Dreigestirn bei seiner Verarbeitung ganz energisch auf die Hacken getreten sind. Ich weise aber weiter darauf hin, daß wir diesen Standpunkt wohl einnehmen dürfen, ohne daß man uns deshalb rückschrittlicher Anschauungen beschuldigt, nachdem von Ihnen anerkannte politische Persönlichkeiten beider sozialdemokratischer Richtungen sich auf den Standpunkt gestellt hatten, wie wir ihn gegenwärtig einnehmen.

Ich verweise darauf, daß der frühere Reichstagsabgeordnete Cohen (Neuß) der Reichskonferenz der deutschen A.- und S.-Räte einen Bericht über diese Fragen gegeben hat, indem er auf die Unmöglichkeit hingewiesen hat, sie überhaupt jetzt in Angriff zu nehmen. Er hat gesagt, daß es unmöglich ist, auf einem wirtschaftlichen Trümmerhaufen die Sozialisierung aufzubauen, und daß es notwendig ist, unser Wirtschaftsleben erst in geordnete Bahnen

(A)

D